

# Vier Perspektiven der Beobachtung im Themenfeld Migration – Familie – Bildung

## 2

Marianne Krüger-Potratz

Die erziehungs- und sozialwissenschaftliche Forschung hat sich bisher nur wenig für das Thema „Migration und Familie“ interessiert; diesen Schluss legt zumindest die geringe Zahl von Publikationen und Forschungsprojekten nahe, die sich explizit mit diesem Thema auseinandersetzen. Das bedeutet aber nicht, dass die Migrantenfamilie in der interkulturellen erziehungs- und sozialwissenschaftlichen Forschung nicht präsent ist. Im Gegenteil: Sie spielt unter verschiedensten Fragestellungen eine wichtige Rolle, z. B. wenn es um Erziehung und Bildung, um sprachliche Bildung, Wertevorstellungen, Geschlechterrollen oder um Gesundheit, Wohnen und Arbeit geht. Hier wird vielfach auf die Familie bzw. die Eltern als Beteiligte oder auch Adressaten von Maßnahmen Bezug genommen. Insofern ist in vielen Texten von „der Migrantenfamilie“ oder „den Migranteneltern“ die Rede, ohne dass diese jedoch ins Zentrum gerückt werden bzw. ohne dass auf eine aussagekräftige, weil auch ausdifferenzierte Forschung zu Familie und Migration zurückgegriffen werden kann.

Informationen zum Thema bieten mehrheitlich die verschiedenen datengestützten, z. T. gesetzlich vorgeschriebenen Berichte über die Lage der Migrantenfamilien, erstellt im Auftrag verschiedener politischer Stellen auf Bundesebene oder auch auf Landes- resp. kommunaler Ebene bzw. im Auftrag (politiknaher) Stiftungen. Verfasst werden die Berichte vielfach von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, und in der Regel sind mit dem Auftrag der Erstellung klar definierte Zielsetzungen verbunden. Dies mindert nicht den Wert dieser Berichte, aber der Unterschied zu einer Forschung, die ihre Fragestellungen aus den jeweils aktuellen

---

M. Krüger-Potratz  
Universität Münster,  
Münster, Deutschland

T. Geisen et al. (Hrsg.), *Migration, Familie und soziale Lage*,  
DOI 10.1007/978-3-531-94127-1\_2,

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | Springer Fachmedien Wiesbaden 2013

wissenschaftlichen Diskursen gewinnt und sehr viel freier ihre Fragestellung, den entsprechenden Forschungsansatz und die Forschungsmethodik wählen kann und für die über die Information hinaus die Analyse zentral ist, ist deutlich. Die Zahl solcher datengestützten Berichte, Expertisen und Dossiers ist nicht groß. Doch insgesamt genommen vermitteln sie ein recht gutes Bild hinsichtlich der Komplexität des „Berichts- und Beobachtungsobjekts“ Migrantenfamilie. Vor allem wird deutlich, unter welcher Perspektive die Migrantenfamilie seitens der Politik beobachtet wird, und wie sich diese Perspektive in den 2000er Jahren zu ändern begonnen hat. Anders gesagt: Bei der Lektüre dieser im (offiziellen) Auftrag erstellten Texte zum Themenkomplex Migration-Familie-Bildung erfährt man ebenso viel über die Beobachteten wie auch über die Beobachtenden.

Schon bei einer flüchtigen Durchsicht der angesprochenen Berichte und Dossiers fällt auf, dass die defizitorientierte und problemfixierte Sicht, die bis in die 1990er Jahre dominant war, zwar noch nicht verschwunden ist, aber in jüngerer Zeit deutliche Anzeichen für eine Veränderung des Diskurses zu erkennen sind. So wird die zugewanderte Bevölkerung inzwischen *eher* als „normaler“ Teil der Bevölkerung gesehen, wenn auch immer wieder Rückschläge bzw. politische Querschläge diesen „Normalisierungsprozess“ stören. Auf die Beobachtung der Migrantenfamilie wirkt sich dies beispielsweise insofern aus, als nun die Unterschiede zwischen den verschiedenen Einwandergruppen wie auch innerhalb derselben – z. B. je nach Migrationsgeneration oder Sozialstatus – deutlicher wahrgenommen und inzwischen auch Ressourcen der Migrantenfamilien thematisiert werden. Ein anderer Beleg für mehr „Normalität“ ist, dass seit den 2000er Jahren die Zugewanderten bzw. Migrantenfamilien – bildlich gesprochen – in die Bildungs- und Sozialberichterstattung über die „normale“ Bevölkerung „eingewandert“ sind, z. B. in die Familien- oder Bildungsberichterstattung auf nationaler Ebene. Dies wird im Folgenden unter Bezug auf vier Beobachtungsperspektiven noch weiter ausgeführt. Vorangestellt werden kurze Ausführungen zu den im Titel genannten Stichwörtern – Migration, Familie, Bildung – soweit dies für den zweiten Teil des Beitrags notwendig ist.

---

## **Anmerkungen zu den Titelstichwörtern**

### **Migration und Familie – Migrantenfamilie**

Ich verzichte auf eine Definition von Familie. Auch wenn es hierzu eine Fülle an Literatur gibt, so zeigt sich immer wieder, dass eine einfache und eindeutige Defini-

tion nicht möglich ist, nicht einmal rechtlich<sup>1</sup>. Daher wundert es nicht, dass ebenso wenig klar ist, was unter Migrantenfamilien zu verstehen ist (vgl. Diefenbach 2010<sup>2</sup>). Im Folgenden werden unter (Migranten-)Familie Personen verstanden, die eine mindestens zwei Generationen umfassende Lebensgemeinschaft bilden<sup>3</sup>. Sie sind in der Regel Teil eines größeren Verwandtschaftsnetzes bzw. sozialen Netzes, dessen Mitglieder auf die Erziehung der Kinder und die Lebensplanungen derer, die zusammenleben, in unterschiedlicher Weise – implizit wie explizit – Einfluss nehmen. Unter Migrantenfamilien werden hier die Familien verstanden, in denen zumindest eine Person einen sogenannten Migrationshintergrund nach der Definition des Mikrozensus<sup>4</sup> hat. Dabei ist jedoch zu beachten, dass die „Frage nach einer Definition für den Migrationshintergrund einer Familie, d. h. welche Kriterien bei einer generationenübergreifenden Einheit aus mehreren Personen mit möglicherweise unterschiedlichen Merkmalen angesetzt werden können, (...) in der Migra-

---

<sup>1</sup> Im Abschnitt zur Definition des Familienrechts auf der Plattform zum Insolvenzrecht (siehe: <http://www.familienrecht.com/familienrecht/definition-familienrecht.htm>) heißt es: „Die Lebensverhältnisse von Paaren, Partnern, Eltern, Kindern sind der Bezugspunkt im Familienrecht. Im Gegensatz zum Begriff der Ehe existiert eine rechtliche Definition des Begriffs Familie nicht. (...) Vor Jahrzehnten wurden alleinerziehende mit Kindern, geschiedene, wiederverheiratete mit Stiefkindern nicht als Familie bezeichnet, hingegen werden heute vielfältige Familienstrukturen als Familie anerkannt und als solche in Rechtsnormen berücksichtigt.“

<sup>2</sup> Wie einseitig ausgerichtet die Diskussion über Migrantenfamilien war, zeigt der aus verschiedenen Gründen problematische Beitrag von Joachim Schuch „Psychosoziale Bedingungen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund (in: SGB VIII – Online Handbuch, hrsg. von Inge Becker-Textor und Martin R. Textor URL: <http://www.sgbviii.de/S95.html>). Nach der für den Artikel genutzten Literatur dürfte er aus Mitte der 1990er Jahre stammen, und es ist anzunehmen, dass er bis 2005 (dem Jahr als das Online-Handbuch eingestellt wurde) nicht mehr aktualisiert worden ist. Er spiegelt die eher für die 1970er und teilweise noch 1980er Jahre charakteristische defizitorientierte Sicht auf die Migranten(familie), sowohl in der Literatur, die er für seinen Artikel heranzieht wie auch in der Art wie er selbst – ohne jeden Versuch einer Analyse – die von ihm für relevant gehaltene Literatur präsentiert.

<sup>3</sup> In dem im Auftrag des Familienministeriums erstellten Dossier zu Migrantenfamilien („Ehe, Familie, Werte“, siehe BMSFSJ 2001, S. 16) wird Familie wie folgt definiert: „Der hier zugrunde liegende Familienbegriff meint Familien mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren im eigenen Haushalt, unabhängig davon, ob die Kinder mit einem oder zwei Elternteilen zusammenleben, ob die Eltern in einer Ehe oder in einer nicht ehelichen Lebensgemeinschaft leben oder ob die Elternschaft eine „leibliche“ oder „soziale“ Elternschaft ist.“

<sup>4</sup> „Als Person mit Migrationshintergrund gilt, wer eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt, oder im Ausland geboren wurde und nach 1949 zugewandert ist. Oder auch wer in Deutschland geboren ist und eingebürgert wurde, oder ein Elternteil hat, das zugewandert ist, eingebürgert wurde oder eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt.“ (Siehe auch etwas detaillierter Mikrozensus 2010, S. 397).

tions- und Familienforschung bisher weitestgehend unbeantwortet geblieben“ ist (BMFSFJ 2011, S. 15).

Der vom Familienministerium verantwortete „6. Familienbericht: Familien ausländischer Herkunft in Deutschland: Leistungen – Belastungen – Herausforderungen“ (2000) zeigt, dass Migrantenfamilien zunächst einmal Familien wie alle anderen sind. Unterschiede zu nicht zugewanderten „deutschen“<sup>5</sup> Familien bestehen jedoch in der regionalen Verteilung, in der Art der Familiennetze und in der sozialen Lage. So sind Migrantenfamilien eher in den „alten“ Bundesländern und regional eher in großen Städten und Ballungsgebieten, denn in den „neuen“ Bundesländern und in ländlichen Regionen anzutreffen (vgl. Mikrozensus 2010, S. 16); bei ihnen ist eher damit zu rechnen, dass sie in transnationalen Familiennetzen leben, und prozentual ist der Anteil der Familien in prekärer sozialer Lage höher als bei nicht Zugewanderten. Ein besonders wichtiger Unterschied innerhalb der „Gruppe Migranten“ ist, dass der rechtliche Status nicht nur zwischen den Migrantenfamilien, sondern auch innerhalb einer Familie unterschiedlich sein kann. Vom Rechtsstatus hängen wiederum die Sicherheit des Aufenthalts sowie die Gewährung bzw. Verwehrung von gesellschaftlicher Teilhabe und damit auch die Bildungschancen der Kinder ab (vgl. Söhn 2011). In allen anderen Fragen, auch hinsichtlich des Familienmodells oder der Familiengröße, sind die Unterschiede zwischen oder auch innerhalb von Zuwanderergruppen bedeutender als die Unterschiede zwischen Familien ohne und mit Migrationshintergrund.

## Migrantenfamilie als statistisches Konstrukt

Auch wenn im vorliegenden Beitrag Statistiken bzw. quantitative Befunde der Bildungs- und Sozialforschung kaum eine Rolle spielen, so gilt es doch, einige Anmerkungen zur Frage der Belastbarkeit der verfügbaren Daten zu machen wie auch zu

---

<sup>5</sup> Es sei noch einmal darauf hingewiesen, dass bei den Daten genau zu beachten ist, nach welchen Kriterien sie erhoben worden sind: nur nach der Staatsangehörigkeit (ausländisch/deutsch) oder nach dem Migrationsstatus (mit/ohne Migrationshintergrund). Im erstgenannten Fall fallen unter „deutsch“ alle als Aussiedler Zugewanderten, alle Eingebürgerten sowie diejenigen mit doppelter Staatsangehörigkeit usw. Die Unterscheidung nach mit oder ohne „Migrationshintergrund“ erlaubt eine genauere Erfassung derjenigen, die nach 1949/1950, also nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland, zugezogen sind. Dies schließt Aussiedler ein, nicht aber andere, ebenso deutschstämmige Zuwanderer wie z. B. Vertriebene und Flüchtlinge (deren Eingliederung politischerseits Anfang der 1950er Jahre als abgeschlossen galt) und auch nicht Flüchtlinge aus der SBZ/DDR. Migrationshintergrund ist somit mehr als nur ein statistisches Konstrukt, mit ihm ist eine politische Interpretation der Migrationsbewegungen nach 1945 verbunden (vgl. Mikrozensus 2010, S. 5f.).

den Bezeichnungen, die als Kategorien für die quantitative Beschreibung der Situation verwendet werden. Der Terminus „Migrantenfamilien“ hat den der „ausländischen Familien“ abgelöst, weil inzwischen klar ist, dass ein beachtlicher Teil der Zugewanderten einen deutschen Pass hat und somit die Staatsangehörigkeit schon seit längerem kein zuverlässiger Indikator für den Status des „Zugewandertseins“ sein kann. Daher werden die offiziellen Statistiken nach und nach auf die Unterscheidung zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund umgestellt. Da jedoch der Migrationshintergrund nicht einheitlich definiert wird, können die Daten aus verschiedenen Statistiken nur bedingt aufeinander bezogen werden. Die Uneinheitlichkeit in der Zusammenstellung der Merkmale, die für die Markierung des Migrationshintergrunds herangezogen werden, und die damit die damit verbundenen Vorstellungen von (Im-)Migration spiegelt sich auch darin wider, dass weitere Bezeichnungen für das statistische Konstrukt eingeführt wurden: So wird in einer Reihe von Bundesländern mit der Unterscheidung mit oder ohne „*Migrationshinweis*“ gearbeitet (z. B. Hamburg, Bremen, Hessen) bzw. in Nordrhein-Westfalen heißt es offiziell: „mit...“ oder „ohne *Zuwanderungsgeschichte*“. Doch ungeachtet aller Unterschiede im Detail und der inzwischen auch erfolgten weiteren statistischen Ausdifferenzierung der „Zugewandertengruppe“ (vgl. Mikrozensus 2010, S. 5–7, Anhang 1; vgl. auch Kemper 2010), eines ist seit Mitte der 2000er Jahre unbestritten: Knapp ein Fünftel der Gesamtbevölkerung in Deutschland ist nach 1950 zugewandert bzw. stammt aus einer zugewanderten Familie und nach den Daten des Bundesamtes für Statistik hatten 2010 28,4 % der in Deutschland lebenden Familien mit mindestens einem minderjährigen Kind einen Migrationshintergrund (vgl. BMFSFJ 2011).

Das statistische Konstrukt „Migrationshintergrund“ ist das *einzigste allen Zugewanderten gemeinsame* Merkmal; darin einbezogen ist ein zweites Merkmal – der Rechtsstatus, der in Bezug auf Familie und Bildung eine entscheidende Rolle spielt. Ohne ins Detail zu gehen, lassen sich anhand des Rechtsstatus drei große Gruppe von Zugewanderten unterscheiden: diejenigen, die einen deutschen Pass haben und somit in Rechten und Pflichten der sogenannten Mehrheitsbevölkerung gleichgestellt sind, diejenigen, die eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung besitzen und schließlich diejenigen mit einem minderen Rechtsstatus einschließlich derjenigen „ohne Papier“ (s. auch BMFSFJ 2011, S. 4 ff.). Die beiden erstgenannten können in ganz anderer Weise ihr (Familien-)Leben oder auch die Bildung ihrer Kinder planen als die letzte Gruppe. Alle weiteren Merkmale (Sozialstatus, Geschlecht, Gesundheit, Weltanschauung/Religion usw.) sind nicht speziell migrationsabhängig, wenn auch in bestimmten Merkmalskombinationen (z. B. Sozialstatus + Bildung + Religion) wiederum Unterschiede zwischen nicht Zugewanderten und Zugewanderten wie auch zwischen den Zuwanderergruppen selbst konstatiert werden können.

## **Migrantenfamilie und Bildung**

Das Stichwort „Bildung“ steht im Titel des vorliegenden Beitrags für Bildungsverläufe in Bildungsinstitutionen und hier speziell für den vorschulischen und den Pflichtschulbereich. Die frühkindliche Bildung hat seit einigen Jahren – insbesondere mit Blick auf die Sprachförderung – an Bedeutung gewonnen und wird zu Recht als Voraussetzung für gelingende Schulbildung angesehen, die wiederum eine wichtige Voraussetzung für den Übergang in den Beruf ist. Generell zeigt die Erfahrung, dass Eltern sich vor allem engagieren, solange ihre Kinder eine vorschulische Einrichtung und die Grundschule besuchen. Ab dem Übergang in die weiterführende Schule wird die Verbindung zwischen Elternhaus und Schule lockerer; dies hat viele Gründe, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann. Aber zugleich erwarten die Eltern von der Schule, dass ihre Kinder zum höchst möglichen Abschluss geführt werden. In diesen Punkten unterscheiden sich Migranteneltern nicht grundsätzlich von denen ohne Migrationshintergrund. Allerdings haben es verschiedene Gruppen von Migranteneltern schwerer, ihr Engagement für die Bildung ihrer Kinder auch angemessen umzusetzen: sei es, dass sie aufgrund nicht hinreichender Deutschkenntnisse den Kontakt mit der Schule meiden, sei es, dass ihnen das Bildungssystem in Deutschland fremd ist bzw. dass sie selbst nur wenig Erfahrung mit Bildungsinstitutionen haben und daher den Kontakt scheuen oder aufgrund ihres ungesicherten Aufenthaltsstatus generell den Kontakt mit offiziellen Einrichtungen eher scheuen. Sieht man von der Frage des Rechtsstatus ab, so zeigt sich, dass für das Elternengagement in Bildungsfragen die soziale Lage der ausschlaggebende Faktor ist, so dass Migrantenfamilien in dieser Situation sich letztlich doch nicht von Familien ohne Migrationshintergrund unterscheiden.

## **Migration, Familie und Integrationspolitik**

Der eingangs kritisierte Defizitblick auf Migrantenfamilien ist letztlich eine Folge dessen, dass bis Ende des 20. Jahrhunderts verschiedene Regierungen der Bundesrepublik Deutschland die restriktive preußisch-deutsche Migrationspolitik des 19. und frühen 20. Jahrhunderts fortgesetzt haben. So haben Qualifikation und Qualifizierung migrations- und integrationspolitisch keine Rolle gespielt. Die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte zwischen 1955 und 1973 erfolgte für Arbeitsplätze, für die keine spezielle Qualifikation nachzuweisen war, so dass politisch – wie Bade (2008, S. 7) es formuliert – systematisch Unterschichtenimport betrieben worden ist, der zum Teil intergenerativ vererbt wurde: zum einen durch eine ausgrenzende Bildungspolitik und zum anderen durch Heiratsmigration. Positiv hin-

gegen war – und dies ist für das Thema Familie wichtig –, dass Arbeitsmigranten in das Sozialsystem der Bundesrepublik einbezogen worden sind. Die Frage nach der Qualifikation hat zwar für die Aufnahme von Aussiedlern auch keine Rolle gespielt, da der Nachweis der Deutschstämmigkeit entscheidend war, aber – im Unterschiede zu den Arbeitsmigranten – sind ihnen zumindest verschiedene Qualifizierungsmaßnahmen angeboten worden. Inzwischen zeichnen sich mit dem 2011 verabschiedeten Anerkennungsgesetz (in Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG) deutliche Verbesserungen für diejenigen ab, die ihre berufliche Qualifikation im Ausland erworben haben, wenn auch die „Gruppe“ der Flüchtlinge mit einem „schwachen“ Rechtsstatus weiterhin stärker benachteiligt sein wird.

Festzuhalten ist, dass sich im Zuge der neuen Integrationspolitik in den letzten zehn Jahren eine Reihe positiver Veränderungen ergeben haben: Es gibt Ansätze zur Gewinnung belastbarer Daten, die Zugewanderten werden eher als „normaler Teil“ der Bevölkerung wahrgenommen, es gibt auf allen politischen Ebenen Ansätze, Integration als Querschnittsaufgabe zu verankern und somit Migration und Integrationspolitik zu gestalten und Bildung sowie Qualifikation werden zunehmend als zentrale Faktoren für eine gelingende Integrationspolitik gesehen. Allerdings bedarf es eines langen Atem, zumal die Versäumnisse der letzten 50 Jahre nicht in wenigen Jahren und mithilfe einiger Maßnahmen aufzuholen sind, und letztlich muss ein Bruch mit der historisch ausgebildeten restriktiven und auf Abwehr des „Fremden“ ausgerichteten Migrations- und Integrationspolitik vollzogen werden um einen demokratischen Umgang mit Differenz, Gleichheit und Pluralität zu ermöglichen. Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen werden im Folgenden vier Beobachtungsperspektiven zum Thema Migration, Familie, Bildung vorgestellt, gefolgt von einem kurzen Fazit.

---

## **Erste Beobachtungsperspektive: Die Politik schaut auf die Migrantenfamilie**

Bis Ende des 20. Jahrhunderts war die Sozialberichterstattung auf Bundesebene<sup>6</sup> zweigeteilt: einerseits die Berichterstattung in Verantwortung der jeweils fachlich zuständigen Ministerien über die „normale“ Bevölkerung (Kinder- und Jugendberichte, Familienberichte und andere Berichte zur sozialen Lage oder auch zu Bildungsfragen) und andererseits die Ausländerberichterstattung zu allen relevanten

---

<sup>6</sup> Es gibt z. B. auch Familienberichte auf Länder- oder kommunaler Ebene; ob und in welcher Weise in diesen Berichten schon früher das Thema „Migration und Familie“ eine Rolle gespielt hat, wäre zu prüfen. Nach 2000 jedenfalls sind auch auf diesen Ebenen verschiedene Berichte erschienen, in denen Migrantenfamilien berücksichtigt sind.

Fragen des Lebens in Deutschland, angesiedelt bei der Ausländerbeauftragten, seit 2002 Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration<sup>7</sup>. Die Zweiteilung der Berichterstattung entsprach der bis Ende der 1990er Jahre vorherrschenden Sichtweise auf Zuwanderung als eines wirtschaftlich, nicht aber politisch erwünschten Sonderphänomens. Dieser „Logik“ entsprach, dass die „Migrantenfamilie“ nicht als „normaler Teil“ der Bevölkerung in Deutschland, sondern als Gegenstand einer gesonderten Berichterstattung angesehen wurde und dass diese gesonderte Berichterstattung<sup>8</sup> auf Problemidentifizierung angelegt war. Beobachtet wurden die verschiedenen Zuwanderergruppen entweder unter dem Aspekt Integration, Migrations- und Rechtsstatus, Gesundheit, Arbeitsmarkt, Bildung oder nach Differenzmerkmalen wie Alter, Geschlecht, staatliche/nationale bzw. ethnische Herkunft, Religion. Die Berichte enthalten zwar auch familienpolitisch relevante Informationen, doch explizit war die Familie kaum Gegenstand der Beobachtung, und sie ist es auch in den jüngsten Berichten nicht. Letztere werden per Deckblatt noch als Bericht zur „Lage der Ausländerinnen und Ausländer“ ausgewiesen, doch in der Vorbemerkung heißt es, dass sich der Lagebericht nicht nur der Lage der Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, sondern „der Lage der in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund“ widme, da sich so „Integrationsprozesse, auch nach erfolgter Einbürgerung, besser nachvollziehen“ ließen (Bundesbeauftragte 2010, S. 15). Um dies darstellen zu können, habe man Daten aus einer speziell hierfür in Auftrag gegebenen Sonderauswertung der Mikrozensusdaten von 2008 in den Bericht eingearbeitet, allerdings ohne Berücksichtigung der Aussiedler und Aussiedlerinnen, da für diese Berichterstattung der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung zuständig sei (Bundesbeauftragte 2010, S. 16). Dies Beispiel zeigt zweierlei: Die „Ausländerberichterstattung“ wird sozusagen in neuer Einkleidung

---

<sup>7</sup> Der Auftrag zur „Ausländerberichterstattung“ ist im Aufenthaltsgesetz (§ 94, 2) festgelegt. Eine spezielle, kontinuierliche Berichterstattung zu Fragen der Integration von Aussiedlerinnen und Aussiedlern hingegen hat es nie gegeben, wohl aber hin und wieder Einzelberichte. Beim Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten war und ist kein entsprechendes Berichtssystem angesiedelt. Zusätzlich anzumerken ist, dass seit den 1990er Jahren der Aussiedlerbeauftragte auch für die Unterstützung der deutschen Minderheiten in der Aussiedlerherkunftsgebieten zuständig ist und 2002 ist das Aufgabengebiet „nationale Minderheiten in Deutschland“ hinzugekommen. Auch hier wird die ethnische Einfärbung der Migrationspolitik wieder deutlich.

<sup>8</sup> Sie ist mehr oder weniger durch die Integrationsberichterstattung in der Folge der „Integrationsgipfel“ abgelöst worden; zur wissenschaftlichen Kritik und kritischen Begleitung der Integrationspolitik siehe die Publikationen des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen zu Integration und Migration (SVR) URL: <http://www.svr-migration.de>.



(„Migrationshintergrund“) fortgesetzt<sup>9</sup>, aber die Ausklammerung der Aussiedler zeigt, dass ihr Migrationshintergrund politisch und rechtlich anders verortet ist, denn, so die Argumentation im Bericht: „Sie unterscheiden sich von anderen Zuwanderergruppen, da sie Deutsche im Sinne des Art. 116 Grundgesetz sind und auf Grundlage des Bundesvertriebenengesetzes in Deutschland aufgenommen werden. Deshalb sind sie nicht Gegenstand dieses Berichts“ (Beauftragte 2010, S. 16). Damit wird noch einmal offensichtlich, wie wenig vergleichbar die unter der Überschrift „Migrationshintergrund“ erhobenen Daten sind: Nicht einmal die Daten aus den offiziellen Quellen können problemlos aufeinander bezogen werden (siehe Anm. 5; vgl. auch Betz 2008).

Auch wenn die Besonderung bestimmter Zuwanderergruppen ihre Fortsetzung in der „Integrationsberichterstattung“ findet, so ist zugleich zu beobachten, dass im letzten Jahrzehnt die „normale“ Berichterstattung der Fachministerien die Migranten als normalen Teil der Bevölkerung einzubeziehen begonnen hat. Der erste Bericht, der im Auftrag des Familienministeriums die Familie der Zugewanderten als einen normalen Teil der in Deutschland lebenden Familien im Blick genommen hat, ist der 2000 publizierte 6. Familienbericht, also der 6. Bericht in dem Berichtssystem, dessen „Beobachtungsobjekt“ bis dahin ausschließlich die (deutsche) Mehrheitsbevölkerung<sup>10</sup> war. Die Wahl des Themas geschah auf der Empfehlung der Kommission, die den 5. Familienbericht zu „Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland – Zukunft des Humanvermögens“ erarbeitet hatte und eines entsprechenden Bundesratsbeschlusses (1994, Drucksache 12/7560). Man könnte daraus schließen, dass die ausländischen bzw. Zuwandererfamilien zunächst nicht als Teil der „Zukunft des Humanvermögens“ gesehen wurden und dieses „Versäumnis“ mit dem 6. Familienbericht korrigiert werden und mit dem (teilweisen) Zuständigkeitswechsel in der Berichterstattung – von der Ausländer- resp. Integrationsbeauftragten zum Familienministerium – die Einbeziehung in die „normale Bevölkerung“ angebahnt werden sollte.

Der 6. Familienbericht ist bis heute der einzige umfassende Bericht über Familie und Migration in Deutschland.<sup>11</sup> Im Fokus sind alle Zuwanderergruppen. Der Akzent liegt auf der Vielfalt der Lebenssituationen der zugewanderten Familien, auf den Problemen, aber auch auf den „Leistungen für das Wohl ihrer Angehöri-

<sup>9</sup> Dies zeigt noch einmal, dass eine anders perspektivierte Migrations- und Integrationspolitik zahlreiche Veränderungen – strukturelle, institutionelle, rechtliche – verlangt.

<sup>10</sup> Es ist ausgesprochen schwierig, die jeweils richtige Bezeichnung zu finden, denn wenn die Mehrheitsbevölkerung nach dem Kriterium der (deutschen) Staatsangehörigkeit definiert ist, so ist ein Teil der Migrantenfamilien – jene mit deutscher Staatsangehörigkeit – schon immer in den Familienberichten präsent gewesen, allerdings ohne die Markierung „Migrant/-in“.

<sup>11</sup> Zum Dossier „Familie mit Migrationshintergrund“ von 2010 siehe weiter unten.

gen ebenso wie (auf) ihren Beitrag zum Wohlergehen der Aufnahmegesellschaft (BMFSFJ 2000, S. XI)“. Die Lektüre des 6. Familienberichts ergibt folgendes Bild: Auch bei der zugewanderten Bevölkerung werden alle Familien- und Partnerschaftskonstellationen gelebt: die ‚klassische‘ Vater-Mutter-Kind-Familie, die Ein-elternfamilien resp. Alleinerziehende, ledige, geschiedene veritwete Eltern(teile), wiederverheiratete, mit eigenen und/oder angeheirateten Kindern, Lebensgemeinschaften ohne Trauschein usw. Im Schnitt ist jedoch das klassische Modell der Familie mit verheirateten Partnern und Kindern deutlich stärker bei den Zugewanderten vertreten; allerdings ändert sich dies schon ab der zweiten Generation. Aber auch in dieser Generation wird im Schnitt früher geheiratet und werden alternative Formen zur Ehe weniger gewählt. Zu beachten sind vor allem die Unterschiede zwischen den Zuwanderergruppen: So leben z. B. insgesamt gesehen in Zuwandererfamilien mehr Kinder als in den ‚alteingesessenen‘, aber es gibt eine Reihe von Zuwanderergruppen, in denen die Kinderzahl der in nicht zugewanderten Familien gleicht.

Es wäre verfehlt, die einen als traditionell und die anderen als modern zu bezeichnen. Derartige Charakterisierungen lassen die Daten nicht zu; sofern eine solche Charakterisierung überhaupt sinnvoll ist, müsste sie auf mehr und differenzierter erhobene Daten gestützt werden, z. B. auf Informationen über die Beweggründe für die Wahl des jeweiligen Familienmodells, die Zahl der Kinder und vor allem über die Rolle, die der Migrationsstatus bzw. der Rechtsstatus spielt. So fällt z. B. auf, dass die Zahl der aus afrikanischen Ländern stammenden Alleinerziehenden im Vergleich hoch ist. Sind diese Frauen moderner im Sinne von unabhängiger als Zuwanderinnen aus anderen Weltgegenden, oder ist dies kulturbedingt, oder ist vielleicht nicht doch die Folge dessen, dass sie als Flüchtlinge stärker davon betroffen sind, infolge der Begleitumstände getrennt zu werden. Um hier klare Aussagen treffen zu können, reichen die verfügbaren Informationen nicht. Nicht vergessen werden darf auch, dass es Migrationsformen gibt, die dazu führen, dass nur ein Teil der Familie in Deutschland lebt, Mütter z. B., die hier arbeiten, um ihre Familie im Herkunftsland zu ernähren, den Kindern eine Ausbildung zu sichern usw. Es wäre also falsch, diese möglicherweise aus der Not entstandene Situation zu einem Familienmodell umzudeuten.

In den 2000er Jahren sind zwei weitere Familienberichte erschienen: der 7. Familienbericht zum Thema „Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit“ und der 8. Familienbericht zum Thema „Zeit für Familie“. Im erstgenannten wird in einzelnen Abschnitten auch auf die Situation der Migrantenfamilien eingegangen, während im letztgenannten, der jedoch erst in Auszügen zugänglich ist, weil noch die Stellungnahme der Bundesregierung – angekündigt für Frühjahr 2012 – fehlt, die Familien mit Migrationshintergrund schon systematischer einbezogen zu sein scheinen. Dass die Migrantenfamilien zusätzlich auch weiterhin gesondert be-

Migration, Familie und soziale Lage  
Beiträge zu Bildung, Gender und Care  
Geisen, Th.; Studer, T.; Yildiz, E. (Hrsg.)  
2013, XIII, 331 S. 9 Abb., Softcover  
ISBN: 978-3-531-18011-3